

## Aus der Sozialdemokratie.

Eine Beschwerde gegen den Abg. Ledebour ist wegen seines Auftretens in öffentlicher Volksversammlung, „um einem Genossen der eigenen Partei zu widersprechen“, vom Vorstand des Breslauer Sozialdemokratischen Vereins an den Vorstand der Fraktion Arbeitsgemeinschaft in Berlin, also an die Minderheitsfraktion selbst, gerichtet worden. In der Beschwerde heißt es:

„Genosse Ledebour ist im Verlauf der letzten zehn Jahre in wiederholten Fällen von unserem Vorstand gebeten worden, eine Versammlung in Breslau abzuhalten und hat stets aus Mangel an Zeit abgelehnt. Am 20. Juni 1916 hatten wir eine öffentliche Volksversammlung mit Genossen Scheidemann als Redner angefahrt, und hier erschien plötzlich Ledebour ohne Kenntnis der Organisation, um an diesem unstatthaftern Plage gegen Scheidemann zu sprechen und die Differenz in unserer Partei über die Stellung zum Kriege und zu den Krediten vor mehr als tausend Angehörigen gegnerischer Parteien zu erörtern

Dieses Verfahren, Parteistreitfragen in öffentlicher Versammlung zu erörtern, hat stets als unstatthaftern gegolten, und muß zur Schädigung unserer Partei führen, die doch auch von der Arbeitsgemeinschaft nicht beabsichtigt ist. Es ist in unserem Breslauer Fall besonders organisationsfeindlich, weil wir in Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins und in Funktionärsitzungen diese Streitfragen schon viermal behandelt haben und dabei die Redner der Minderheit stets ausgiebig zu Wort gekommen sind. Genosse Bernstein, der Abgeordnete unseres Westpreußen, hat hier, so oft er es wünschte, seiner Ansicht Ausdruck gegeben, ist auch zu diesem Zwecke von uns mehrfach nach Breslau gerufen worden. Der Verein hat seine von ihm abweichende Meinung vertreten, dem Abgeordneten aber sonst keine Schwierigkeiten gemacht. Um so unverzeihlicher ist dieser heimliche Ueberfall in einer öffentlichen Versammlung. Wir nehmen an, daß auch die Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft dieses Verfahren mißbilligen und dem Genossen Ledebour anraten wird, solch organisationsfeindliches Gebahren in Zukunft zu vermeiden.“

Die „Breslauer Volkswacht“ erklärt, daß Ledebour selbst den Eindruck gemacht habe, als ob er sich in der öffentlichen Versammlung nicht recht am Plage fühlte. Die Schuld scheint mehr auf Seite einiger junger Breslauer zu liegen, „welche die Parteigebräuche noch nicht kennen und sich in einem Versammlungsbericht, den nur die „Bremer Bürgerzeitung“ aufgenommen hat, als „Breslauer Gruppe der Opposition“ bezeichnen.“ Da Organisationen innerhalb der Partei bisher nicht für üblich und statthaftern galten, werde man sich „diese parteigenössischen Siedemonatskinder etwas genauer ansehen müssen.“

Wolff Hoffmann, als erster Vorsitzender des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine für Groß-Berlin gibt im „Vorwärts“ bekannt: „Die Uebernahme der Verbandsgeschäfte durch den neugewählten Zentralvorstand ist erfolgt.“